

Einzelbeispielen dargelegt werden konnte. In der *Tabelle 9* ist der Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen vom Oktober 1974 in der Untergliederung nach Hauptgruppen mit den jeweiligen Jahresveränderungsraten für das Bundesgebiet sowie für die Länder Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen dargestellt. Das *Schaubild* zeigt die Entwicklung dieses Index seit Dezember 1972 in den gleichen Geltungsbereichen.

Als wichtigstes Ergebnis der Untersuchung muß festgehalten werden, daß bei allgemein hohen Inflationsraten der Preisindex für die Lebenshaltung – und zwar schon seit Ende 1973 – niedrigere Steigerungsraten aufweist als die Indizes der ihm vorgelagerten Handelsstufen. Bei einer Verteuerung der Lebenshaltung – gemessen am 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalt mit mittlerem Einkommen – zwischen Oktober 1973 und Oktober 1974 im Bundesgebiet um 6,8% sind die Einfuhrpreise in der gleichen Zeit um durchschnittlich 32,4%, die

Grundstoffpreise um 19,2%, die Erzeugerpreise industrieller Produkte um 14,2% und die Großhandelsverkaufspreise um 15,7% in die Höhe gegangen. Auch die Ausführpreise passen sich mit einer Steigerungsraten von 19,3% in diesen Rahmen ein. Eine Ausnahme bilden lediglich die Preise in der Landwirtschaft. Hier hat sich das Betriebsergebnis durch den Rückgang der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte auf der Einnahmenseite um 3,9% und durch den Anstieg der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel auf der Ausgabenseite auf Bundesebene um 6,3% weiter verschlechtert.

Das zweite Ergebnis der Untersuchung ist, daß im Vergleich mit dem gesamten Bundesgebiet und mit einigen vergleichbaren, indexberechnenden Ländern unser Land die geringsten jährlichen Steigerungsraten sowohl bei der Lebenshaltung mit einer jährlichen Steigerungsraten von 6,3% als auch bei den Baupreisen mit einer solchen von 4,7% aufweist. Dieser letzte Wert beträgt im Bundesdurchschnitt 7,2%.

Dipl.-Volkswirt Karl Sauter

Die Lage der Bauwirtschaft 1974/75

Die Situation der Bauwirtschaft im Jahr 1974 ist zumindest im Bereich des Hochbaus gekennzeichnet von einem Prozeß, der, wenigstens was den Wohnungsbau betrifft, weit über das hinausgeht, was als Folge konjunktureller Schwankungen bezeichnet werden kann. Es handelt sich hier vielmehr um einen Umstrukturierungsprozeß als Folge der Anpassung der Wohnungsbaukapazitäten an die gegenwärtige und die längerfristig zu erwartende künftige „echte“ Wohnungsbaunachfrage. Dieser Prozeß der Anpassung an die veränderte Bedarfssituation wurde zweifellos ausgelöst durch die Mitte des Jahres 1973 von Bundesregierung und Bundesbank ergriffenen Stabilitätsmaßnahmen, durch welche die bisherige Attraktivität des Wohnungseigentums als risikofreie und wertbeständige Kapitalanlage mit allen damit verbundenen Begleiterscheinungen, die zu einer erheblichen Verzerrung der Nachfrage geführt hatten, in Frage gestellt wurde.

Wohnungsbau: Stabilisierung auf niedrigerem Niveau

Verfolgt man die Entwicklung der Baugenehmigungen im Verlauf des Jahres 1974, so zeigt sich nach dem Einbruch im zweiten Halbjahr 1973 deutlich eine Tendenz zur Stabilisierung auf niedrigerem Niveau. So wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 1974 rund 44% weniger Wohnungen genehmigt als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Bemerkenswert ist, daß sich dieser Rückgang auf die einzelnen Bauherrngruppen höchst unterschiedlich verteilt. Daß der höchste Rückgang der Genehmigungszahlen (– 73,3%) auf die Bauherrngruppe „Unternehmen“ entfiel, dürfte auf die gesamtwirtschaftliche Konjunkturlage zurückzuführen sein. Es ist nämlich anzunehmen, daß der Wohnungsbau der Unternehmen im wesentlichen für den Bedarf der eigenen Mitarbeiter erfolgt und daher wegen der konjunkturellen Abkühlung hier zunehmende Zurückhaltung geübt wurde. Ein ebenfalls sehr hoher Rückgang (– 62,3%) wurde bei den Genehmigungszahlen der Wohnungsunternehmen beobachtet, deren Wohnungsbauten überwiegend für den Absatz am Markt bestimmt sind. Dieser hohe Rückgang ist eine (allerdings reichlich späte) Reaktion auf die Tatsache, daß sich die Wohnungsunternehmen einer stetig wachsenden Halde – jedenfalls zu kostendeckenden Preisen – unverkäuflicher und nicht vermietbarer Wohnungen gegenübersehen. Auffallend

ist jedoch der mit – 29,9% relativ geringe Rückgang bei den privaten Haushalten, der dazu geführt hat, daß der Anteil dieser Bauherrngruppe, die noch am ehesten direkter Bedarfsträger für Wohnungen ist, an den Genehmigungszahlen von 55,5% im Jahre 1973 auf 70,5% im Jahr 1974 angewachsen ist. Die öffentlichen Bauherren spielen hier mit 3,7% (1973 : 2,6%) nach wie vor nur eine untergeordnete Rolle.

Vorjahresvergleiche beim Wohnungsbau zunehmend ungeeignet

Zur adäquaten Beurteilung des auf den ersten Blick sehr groß erscheinenden Rückstands der Genehmigungszahlen von 44% sollte allerdings noch angemerkt werden, daß diese Art von Vorjahresvergleich besonders beim Wohnungsbau angesichts

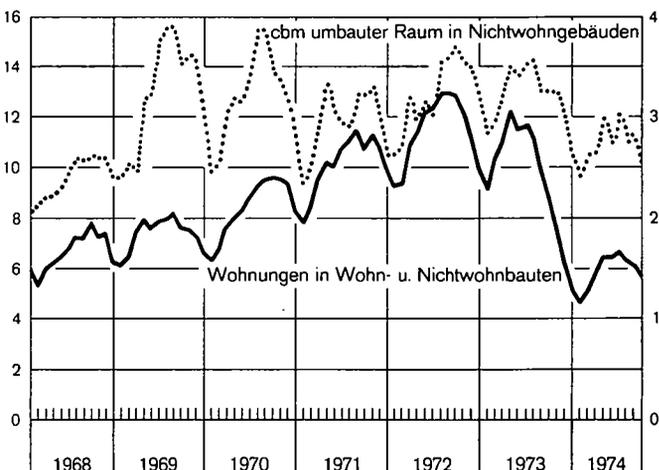
Schaubild 1

Entwicklung der Baugenehmigungen

Gleitende Durchschnitte

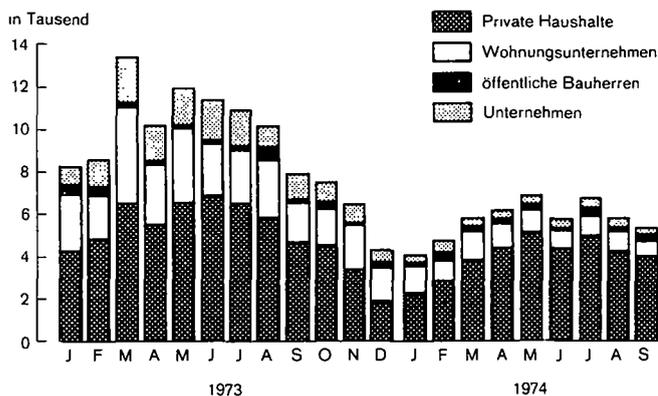
Wohnungen
in Tausend

Mill. cbm



28074

Baugenehmigungen für Wohnungen in Wohnbauten



27874

der hohen Zahl unvermietbarer und unverkäuflicher Wohnungen (Schätzungen sprechen allein für Baden-Württemberg von einer Größenordnung von mindestens 60 000 leerstehenden Wohnungen) in zunehmendem Maß als ungeeignet erscheinen muß. Eine zutreffendere Würdigung der Genehmigungszahlen erscheint nur vor dem Hintergrund des zu erwartenden mittel- und langfristigen Wohnungsbaubedarfs trotz aller Vorbehalte gegenüber der Problematik solcher Bedarfsschätzungen als möglich.

Die Spannweite des von amtsexternen Institutionen vorausgeschätzten künftigen Wohnungsbaubedarfs liegt zwischen 70 000 und 30–45 000 Wohnungen pro Jahr. Dabei handelt es sich bei der ersten Zahl um eine mittelfristige Prognose bis 1980, während die zweite Schätzung vom durchschnittlichen Jahresbedarf bis 1990 ausgeht. Legt man einmal die höheren Werte zugrunde, so würde die Genehmigungszahl dieses Jahres dem bis 1980 voraussichtlich zu erwartenden Verlauf entsprechen. Die bisherige Entwicklung deutet nämlich darauf hin, daß in diesem Jahr immerhin noch rund 70 000 Wohnungen neu genehmigt werden und, infolge des hohen Bauüberhangs zu Beginn des Jahres, die Fertigstellungszahlen sogar noch einmal eine Größenordnung von 100 000 Wohnungen erreichen dürften.

Plausible Gründe sprechen jedoch eher für ein Zutreffen der niedrigeren Prognose. Dies würde bedeuten, daß ein weiteres Absinken der Genehmigungszahlen im Wohnungsbau zu erwarten und als „normal“ anzusprechen wäre.

Gedämpfte Nachfrage im übrigen Hochbau

Auch im Bereich des übrigen Hochbaus – darunter fallen vor allem gewerbliche Bauten wie Betriebs- und Bürogebäude sowie Hochbauten der öffentlichen Hand – lag in den ersten neun Monaten des Jahres 1974 die Baunachfrage unter den entsprechenden Vorjahreswerten: Gemessen an der Kubikmeterzahl umbauten Raumes gingen hier die Genehmigungen um rund 15% zurück. Dabei konnte die um rund 47% gesteigerte Nachfrage der öffentlichen Bauherren das Absinken der Genehmigungszahlen der gewerblichen Wirtschaft nicht mehr kompensieren. Gleichzeitig verschob sich das Verhältnis des Nachfragegewichts zwischen gewerblicher Wirtschaft und öffentlicher Hand von 78% zu 20% im Jahre 1973 nach 64% zu 34% im Jahre 1974.

Auch in diesem Hochbaubereich scheint es nunmehr angebracht, die verzeichneten Genehmigungszahlen in einem größeren Zusammenhang zu sehen. Bei einer Betrachtung der längeren zeitlichen Entwicklung der Genehmigungen im übrigen Hochbau stellt sich nämlich heraus, daß auch hier seit dem Jahr 1969 boomartige Verhältnisse geherrscht haben; so lag das in der Periode 1969 bis 1973 im Jahresdurchschnitt genehmigte Bauvolumen für Nichtwohngebäude um rund ein

Drittel über dem Durchschnittswert der Jahre 1961 bis 1968 – und dies, obwohl das durchschnittliche jährliche Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (in Preisen von 1962) in Baden-Württemberg im letztgenannten Zeitraum immerhin gemessen an dem, was hier in Zukunft zu erwarten sein dürfte, beachtliche 4% betragen hat.

Berücksichtigt man die Tatsache, daß es sich bei Gebäuden, besonders bei solchen in moderner Stahlbetonbauweise, um höchst dauerhafte Investitionsgüter handelt, die nicht wie beispielsweise Maschinen und ähnliche Produktionsmittel einem relativ schnellen Ersatzbedarf durch Verschleiß und technischen Fortschritt unterliegen, so stellt sich hier die Frage, ob es realistisch ist, auch in Zukunft von ähnlich hohen Genehmigungszahlen auszugehen. Unterstrichen wird diese Feststellung durch die Tatsache, daß sich infolge der zu erwartenden langfristigen Abflachung des gesamtwirtschaftlichen Wachstums aus wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Gründen der Schwerpunkt der Hochbautätigkeit der gewerblichen Wirtschaft zunehmend von den Erweiterungsinvestitionen auf die Erhaltung und den Ersatz bestehender Produktionsstätten verlagern dürfte.

Außerdem muß wohl die Möglichkeit einer weiteren Steigerung der Hochbautätigkeit der öffentlichen Hand durch verstärkten Bau infrastruktureller Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, Altenheime und ähnliches in wirklichkeitsnahen Grenzen gesehen werden. Dazu gehört zum Beispiel eine realistische Einschätzung der Finanzierungsmöglichkeiten, zu der nicht nur die Berücksichtigung der Kosten der Erstellung und Ausrüstung der Bauwerke, sondern auch die Finanzierung der wegen der in der Regel hohen Personalintensität großen Folgekosten gehört.

Hochbau: Reale Auftragseingänge über Niveau von 1971

Entsprechend dem Verlauf der Baugenehmigungen gestaltet sich die Auftragslage der Betriebe des Bauhauptgewerbes. Im Wohnungsbau folgte der Wertindex der Auftragseingänge in den Monaten Januar bis September auf einem um rund 19% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum ermäßigten Niveau im wesentlichen dem üblichen Saisonverlauf. Da es sich beim Auftragseingangindex um die wertmäßig erfaßten Aufträge zu jeweiligen Preisen handelt, erreichten die Aufträge real, das heißt unter Berücksichtigung der seit dem Basisjahr 1971 eingetretenen Preissteigerungen, ungefähr die Höhe des Basisjahres.

Dasselbe gilt für die Auftragseingänge von seiten der gewerblichen Wirtschaft, die im gleichen Zeitraum um rund 33% unter dem Vorjahr lagen und sich damit ebenfalls real auf dem Niveau von 1971 bewegten. Die Auftragseingangswerte von seiten der öffentlichen Hand erreichten etwa dieselbe Höhe wie im Vorjahr und dürften damit real sogar um mehr als die Hälfte über den Werten von 1971 liegen. Damit lagen die Auf-

Tabelle 1
Baugenehmigungen im Nichtwohnbau
in 1000 cbm umbauten Raumes

Bauherr	Januar bis September		
	1973	1974	Veränderung in %
Unternehmen und freie Berufe . . .	22 483	15 685	- 30,2
darunter			
Bürogebäude	1 839	1 692	- 8,0
Landwirtschaftl. Betriebsgebäude	2 181	1 991	- 8,7
Gewerbliche Betriebsgebäude	17 733	11 570	- 34,8
Öffentliche Bauherren	5 726	8 403	+ 46,8
darunter			
Anstaltsgebäude	657	1 145	+ 74,3
Bürogebäude	209	342	+ 63,6
Schulgebäude	1 597	2 156	+ 35,0
Sonstige Nichtwohnbauten	3 159	4 356	+ 37,9
Private Haushalte	609	547	- 10,2
Insgesamt	28 818	24 635	- 14,5

tragseingänge im gesamten Hochbaubereich um rund 19% unter den Werten des entsprechenden Vorjahreszeitraums. So ergibt sich auch unter Berücksichtigung der Preissteigerungen gegenüber 1971 ein Zuwachs von nahezu einem Fünftel. Obwohl das Jahr 1971 für die Betriebe des Bauhauptgewerbes einen durchaus guten Auftragseingang im Hochbau gebracht hatte, wurden von ihnen die real mindestens in gleicher Höhe eingehenden Aufträge des Jahres 1974 als unbefriedigend beurteilt. Das ist wohl überwiegend darauf zurückzuführen, daß das Bauhauptgewerbe zu Zeiten des Booms seine Kapazitäten offensichtlich kräftig erhöht hat und gemessen an diesen Kapazitäten die erteilten Aufträge das gewohnte, von Mitte 1972 bis Mitte 1973 sogar extrem hohe Auftragspolster und damit die Reichweite der Aufträge für die einzelnen Betriebe erheblich schrumpfen ließen.

Diese Tatsache wird auch durch die Entwicklung der Auftragsbestandsindizes im Hochbau bestätigt. Danach sanken die Auftragsbestände im vierten Quartal 1973 unter die 100-Punkte-Marke und lagen Ende 1973 um rund 27% unter dem entsprechenden Vorjahresquartal. Auch während der ersten Jahreshälfte 1974 war kein Ansteigen der Auftragsbestände im Hochbau insgesamt zu verzeichnen, die damit real um etwa ein Drittel unter denen des Jahres 1971 gelegen haben dürften.

Befriedigende Auftragsentwicklung im Tiefbau

Im Bereich des Tiefbaus setzte sich im Laufe des Jahres 1974 eine ausgesprochen freundliche Tendenz durch. Wichtigster Auftraggeber ist beim Tiefbau mit annähernd 90% der Eingangswerte die öffentliche Hand.

In den ersten neun Monaten des Jahres lagen die wertmäßigen Auftragseingänge um rund 19% über dem Vorjahr. Ausschlaggebend hierfür waren besonders die im Vergleich zum Vorjahr um rund 46% gestiegenen Auftragseingänge im Straßenbau. In diesem Bereich erreichte der Wertindex der Auftragseingänge im September mit weit über 300 Punkten (Basisjahr 1971) seinen bisherigen absoluten Höchststand. Aber auch die übrigen Tiefbauvergaben der öffentlichen Hand (z. B. U-Bahn-Bau, Kläranlagen, Kanalisation etc.) schlugen mit einer Zunahme von fast 9% bei den Auftragseingängen zu Buch, so daß der Gesamtindex im September erheblich über 200 Punkten lag. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Basisjahr 1971 für den Tiefbau eher ein mäßiges Jahr gewesen ist. Allerdings dürften die Preissteigerungen in dieser Sparte auch erheblich unter denen des Hochbaus gelegen haben.

Daher kann wohl insgesamt von einer für die Betriebe des Bauhauptgewerbes im Jahr 1974 zufriedenstellenden Auftragslage im Tiefbau gesprochen werden. Auch die Entwicklung der Auftragsbestände läßt dies erkennen; so lag der Wertindex der Auftragsbestände im Tiefbau im dritten Quartal 1974 um rund 9% über dem entsprechenden Vorjahreswert und um nominal rund 17% über dem Quartalsdurchschnitt des Basisjahres.

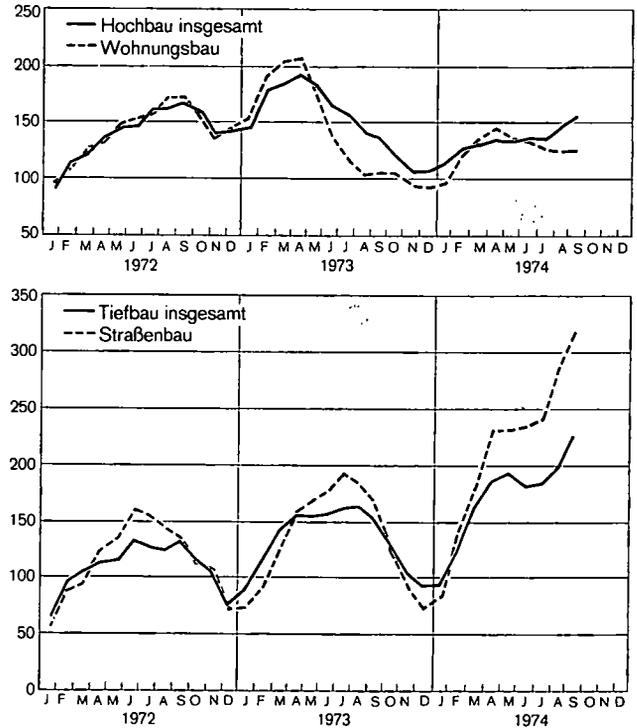
Weniger Arbeitsstunden auf den Baustellen

Entsprechend den verminderten Auftragseingängen sank auch – gemessen an den auf den Baustellen geleisteten Arbeitsstunden – die Bauleistung der bauhauptgewerblichen Betriebe. So wurden im gesamten Hochbaubereich rund 21% weniger Arbeitsstunden geleistet als im Vorjahr. Im Gegensatz zu den Auftragseingängen, wo das Verhältnis Wohnungsbau zu gewerblichem Hochbau – 19% zu – 33% betragen hatte, war diese Relation bei den geleisteten Arbeitsstunden mit – 27% zu – 16% nahezu umgekehrt. Dies dürfte im wesentlichen darauf zurückzuführen sein, daß im Wohnungsbau offensichtlich erheblich arbeitsintensiver gebaut wird als im gewerblichen Hochbau; bei nahezu gleichem Auftragsvolumen in beiden Sparten wurden nämlich beim Wohnungsbau annähernd doppelt soviele Arbeitsstunden geleistet.

Im Tiefbaubereich entsprach die Bauleistung im gleichen Zeitraum dem Vorjahr. Hier haben sich die besonders in den letzten Monaten erheblich erhöhten Auftragseingänge offenbar noch nicht in einer Erhöhung der Arbeitsstunden niedergeschlagen.

Schaubild 3

Entwicklung der Auftragseingänge*) im Bauhauptgewerbe geglättete Reihe



*) Auftragseingangsindex · Monatsdurchschnitt 1971 = 100

28574

Hinzu kommt wohl noch, daß der am stärksten betroffene Bereich des Straßenbaus eine ganz besonders geringe Arbeitsintensität aufweist.

Beschäftigtenzahl weiter reduziert

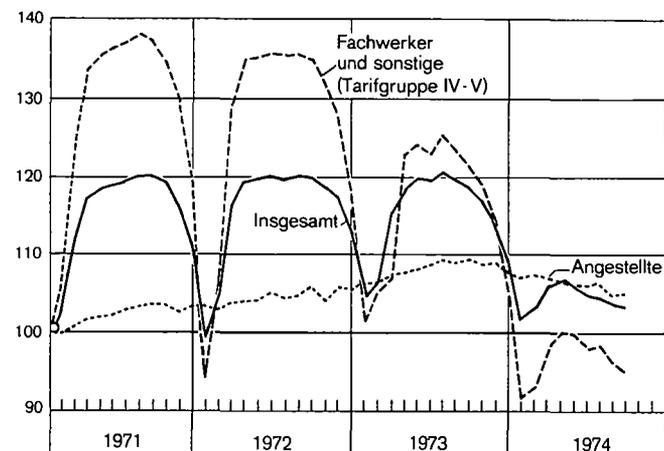
Offensichtlich versuchten die Betriebe des Bauhauptgewerbes auch im Jahr 1974, ihre Arbeitskräftekapazität an die veränderte Auftragslage anzupassen.

Während bereits im Jahr 1973 vor allem die Zahl der ganz überwiegend von Ausländern gestellten Gruppe der Fachwerker und Werker bei insgesamt nur unwesentlich verringerter Gesamtbeschäftigtenzahl reduziert wurde, erstreckte sich der Rückgang in den ersten neun Monaten des Jahres 1974, allerdings in unterschiedlichem Ausmaß, auf nahezu alle Beschäftigtengruppen. Sogar die lange Zeit stetig steigende Zahl der kaufmännischen und technischen Angestellten (einschl. Auszubildende) sank erstmals wieder und lag um rund 2% unter dem Vorjahr. Auch die Zahl der qualifizierten Arbeiter (Poliere, Meister und Facharbeiter) reduzierte sich gegenüber

Tabelle 2
Geleistete Arbeitsstunden im Bauhauptgewerbe

Art der Bauten	Januar bis September		Veränderung in %
	1973	1974	
	1000 Stunden		
Wohnungsbau	138 690	100 870	- 27,3
Landwirtschaftlicher Bau	2 358	2 884	+ 22,3
Gewerblicher u. industrieller Bau	59 839	50 859	- 15,0
davon Hochbau	49 317	41 277	- 16,3
Tiefbau	10 522	9 582	- 8,9
Öffentlicher und Verkehrsbau	93 524	94 656	+ 1,2
davon Hochbau	25 897	26 039	+ 0,5
Straßenbau	34 259	34 357	+ 0,3
Sonstiger Tiefbau	33 368	34 260	+ 2,7
Geleistete Arbeitsstunden insg. .	294 411	249 269	- 15,3

Schaubild 4
Entwicklung der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe
Messziffern - Januar 1971 = 100



28174

dem Vorjahr um rund 8%. Nach wie vor am größten war der Rückgang jedoch bei den Fachwerkern und Werkern. Die Tatsache, daß der hier sonst übliche starke Beschäftigtenaufschwung im Frühjahr ausgeblieben ist, legt den Schluß nahe, daß vor allem viele Ausländer aus ihrem traditionellen Heimaturlaub im Winter nicht mehr nach Deutschland zurückgekehrt sind. Weiterhin fällt auf, daß trotz allgemeinen Rückgangs die Zahl der gewerblichen Auszubildenden beim Bauhauptgewerbe mit rund 11% relativ stark angestiegen ist. Offenbar hat sich die Attraktivität qualifizierter Bauberufe, vielleicht auch infolge eines gesunkenen Angebots an Lehrstellen bei der übrigen Wirtschaft, wieder erhöht.

Tabelle 3
Tätige Personen im Bauhauptgewerbe

Stellung im Betrieb	MD Januar bis September		
	1973	1974	Veränderung in %
Inhaber und Mitinhaber	12 387	12 171	- 1,7
Kaufmännische und technische Angestellte und Auszubildende	22 887	22 460	- 1,9
Poliere, Meister und Facharbeiter (angestelltenversicherungspflichtig und Tarifgruppe I bis III)	132 288	121 565	- 8,1
Fachwerker, Werker und sonstige Beschäftigte (Tarifgruppe IV bis V)	70 022	57 214	- 18,3
Gewerbliche Auszubildende, Umschüler, Anlernlinge u. Praktikanten	3 079	3 414	+ 10,9
Tätige Personen insgesamt	240 663	216 824	- 9,9

Insgesamt war der Rückgang der Beschäftigten bei den bauhauptgewerblichen Betrieben mit rund - 10% geringer als der Rückgang der Arbeitsstundenzahl von rund - 15%, was bedeutet, daß auch die individuelle Arbeitszeit wohl vor allem durch Abbau von Überstunden weiter reduziert wurde.

Konsequenzen für die Betriebe des Baugewerbes

Von besonderem Interesse für die baugewerblichen Betriebe dürften neben der kurzfristigen Auftragsentwicklung im bevorstehenden Jahr vor allem die längerfristigen Aussichten im Hochbaubereich sein zur Beantwortung der Frage, ob der vorangegangene Schrumpfungsprozeß der Kapazitäten als abgeschlossen betrachtet werden kann, oder ob die längerfristig zu erwartende Nachfrage einen weiteren Kapazitätsabbau notwendig machen wird.

Wie schon ausgeführt, dürfte die Wohnungsbaunachfrage künftig keinesfalls über der Nachfrage des Jahres 1974 liegen, wahrscheinlich aber nicht unerheblich niedriger, so daß von

dieser Seite kaum eine reale Erhöhung des Auftragsvolumens erwartet werden kann. Aber auch der gewerbliche Hochbau dürfte real aus den oben angeführten Gründen langfristig stagnieren, wobei die Frage allerdings offen ist, auf welchem Niveau. Es ist jedoch anzunehmen, daß dieses Niveau kaum nennenswert über dem dieses Jahres 1974 liegen wird. Wenn hier der Wirtschaftspolitik keine Verstärkung der Nachfrage gelingt, was auch nach Meinung der Enquêtékommision¹ äußerst schwierig sein dürfte, so ist freilich auch in Zukunft damit zu rechnen, daß die gewerbliche Baunachfrage mehr oder weniger dem Auf und Ab der Konjunkturbewegungen folgen und somit beim nächsten Konjunkturaufschwung kurzfristig wieder wachsen dürfte.

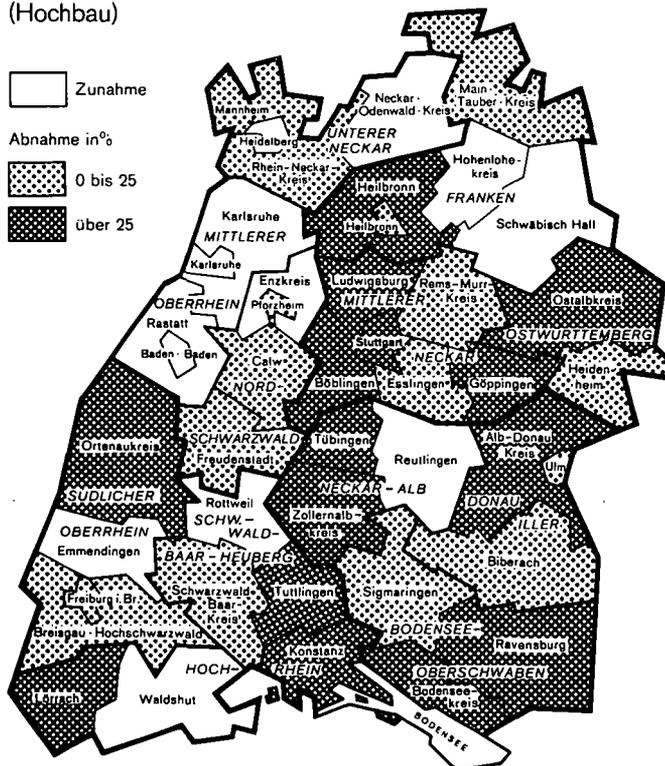
Ob die Nachfrage der öffentlichen Hand real noch wesentlich über das Niveau des Jahres 1974 gesteigert werden kann, erscheint bei realistischer Einschätzung der Finanzierungsmöglichkeiten als wenig wahrscheinlich. Alles in allem stellt sich daher die Annahme, daß die Auftragsentwicklung des Jahres 1974 mehr oder weniger typisch für die durchschnittliche Entwicklung der kommenden Jahre sein könnte, als durchaus plausibel dar.

Legt man diese Annahme zugrunde, so lassen sich einige Folgerungen für die Kapazitätsanpassung der Betriebe des Bauhauptgewerbes ziehen. Wir halten es wegen der Unsicherheiten über die Produktivitätsentwicklung im Baubereich und aus anderen Gründen für ungeeignet, die zu erwartende Schrumpfung der Aufträge einfach prozentual auf die Arbeitskräfte umzurechnen und daraus die notwendige Abnahme der Arbeitskräftezahl zu ermitteln. Es lassen sich aber aus der Entwicklung der Auftragsbestände plausible Anhaltspunkte dafür gewinnen, ob die Anpassung der Gesamtkapazitäten bereits in ausreichendem Umfang stattgefunden hat.

¹⁾ Vgl. Enquête über die Bauwirtschaft, hrsg. im Auftrage des Bundesministers für Wirtschaft, Stuttgart 1973.

Schaubild 5

Entwicklung*) der Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe (Hochbau)



*) Veränderung III. Vj. 1974 gegenüber III. Vj. 1973. - Betriebe mit 20 und mehr tätigen Personen, regionalisiert nach Betriebsstz.

28974

Folgende Überlegung liegt hier zugrunde:

Bei gegebenem Auftragseingangsvolumen hängt das Ausmaß der Veränderung der Auftragsbestände zwischen den Stichtagen der Berichtsquartale von der Größe der bauhauptgewerblichen Kapazitäten ab. Eine fortschreitende Abnahme der Auftragsbestände deutet also auf das Vorhandensein von Überkapazitäten. Geht man davon aus, daß die Auftragsbestände zu Ende des dritten Quartals 1973 eine für die Betriebe ausreichende Höhe hatten (im Landesdurchschnitt lag der Wertindex damals auf dem Niveau des guten Jahres 1971), so würde also beim Vergleich mit dem dritten Quartal 1974 jede Abweichung nach unten darauf hindeuten, daß gemessen an der Auftragseingangsentwicklung dieses Jahres noch Überkapazitäten vorhanden sind.

In Schaubild 5 sind diese Abweichungen kreisweise regionalisiert nach dem Betriebssitz dargestellt, und zwar für den gesamten Hochbaubereich, da angenommen wurde, daß eine Umschichtung der Kapazitäten zwischen den Bereichen

Wohnungsbau und übrigen Hochbau ohne große Schwierigkeiten durchführbar ist. Der Tiefbau wurde außer acht gelassen, da hier zum einen die gegenwärtige Auftragslage befriedigend sein dürfte und zum anderen eine Umschichtung von Hochbaukapazitäten in den Tiefbau nur in Ausnahmefällen möglich ist. Trotz aller methodischer Bedenken lassen sich hier doch deutliche Tendenzen erkennen: So dürfte in 13 Kreisen der notwendige Kapazitätsabbau inzwischen mehr oder weniger abgeschlossen und in weiteren 16 Kreisen schon erheblich fortgeschritten sein, doch sind in immerhin 15 Landkreisen offenbar immer noch ganz beachtliche Überkapazitäten vorhanden, deren Abbau wohl auch zu einer weiteren Freisetzung von Arbeitskräften führen wird.

Allerdings ist zu berücksichtigen, daß sich diese Aussagen auf den Stand der Erhebung (Ende September) beziehen und daher der Anpassungsprozeß inzwischen weiter fortgeschritten sein dürfte.

Dipl.-Volkswirt Hans J. Richter

Struktur des Marktobstbaus

Der Obstbau in Baden-Württemberg ist heute im mehrjährigen Durchschnitt allein zu rund 30% an der Obstanbaufläche und -erzeugung der Bundesrepublik Deutschland beteiligt. Eine überragende Stellung nimmt Baden-Württemberg bei Äpfeln, Birnen, Süßkirschen und Zwetschgen sowie beim Beerenobst ein. Weit über die Landesgrenzen hinaus bekannt sind Tafeläpfel aus dem Bodenseegebiet, Bühler Frühzwetschgen und Produkte der Obstverwertung wie „Schwarzwälder Kirschwasser“. Zu Recht gilt Baden-Württemberg als „Obstgarten Deutschlands“.

Die große Bedeutung dieser Sonderkultur läßt sich auch an den Verkaufserlösen ablesen. So bezifferten sich im Wirtschaftsjahr 1973/74 die Einnahmen aus dem Obstverkauf auf rund 500 Mill. DM, das sind erheblich mehr als beispielsweise die Erlöse aus dem Verkauf von Wein oder Getreide. Im langjährigen Mittel entfallen von den gesamten landwirtschaftlichen Verkaufserlösen rund 8% auf Obsterzeugnisse.

Um das Produktionspotential des Marktobstbaus festzustellen und zu einer mittelfristigen Vorausschätzung des Marktangebots zu kommen, wurde im Rahmen der Gartenbauerhebung 1972/73 eine Zusatzerhebung in Betrieben mit Verkaufsanbau von Baumobst durchgeführt. Damit können erstmals seit der Obstbaumzählung 1965 wieder neuere Daten vorgelegt werden, die auch als Grundlage für regionale, sortenspezifische Ernteberechnungen geeignet sind. Mit den Ergebnissen von 1965 bestehen allerdings nur eingeschränkte Vergleichsmöglichkeiten, da der neu abgegrenzte Bereich des Marktobstbaus sich nicht nur auf Intensivobstanlagen ab 10 a Nutzfläche (Standortgruppe I der Obstbaumzählung 1965) erstreckt, sondern auch einen nicht quantifizierbaren Anteil am sonstigen Obstbau auf der Feldflur (Standortgruppe II) einschließt.

Der Marktobstbau als Bestandteil des gesamten Obstbaus

Nach den Ergebnissen der Landwirtschaftszählung 1971 bewirtschafteten in Baden-Württemberg 37 400 Betriebe und Privathaushalte mit mindestens 0,5 ha selbstbewirtschafteter Gesamtfläche Baum- oder Strauchbeerenobstanlagen. Unter Berücksichtigung der Betriebe mit Erdbeeranlagen befaßte

sich somit jeder sechste Betrieb bzw. Privathaushalt mit Obstbau. Von dieser Gesamtheit wurden 21 344 Betriebe mit Marktobstbau in die Zusatzerhebung 1972/73 einbezogen, die mindestens auf 10 a Gesamtfläche Baumobst als Hauptnutzung angebaut haben. Die von diesen Betrieben genutzte Baumobstfläche (Nettostandraumfläche) betrug 15 600 ha, während in der Bodennutzungserhebung die ausgewiesene Bruttofläche¹ für Baum- und Strauchbeerenobstanlagen, zu der auch der Obstbau auf der Feldflur für den privaten Bedarf zählt, sich 1974 auf rund 25 000 ha bezifferte. Dabei sind der Liebhaberobstbau in Haus- und Nutzgärten sowie Baumobstanlagen nicht mitgezählt, bei denen die landwirtschaftlichen Unterkulturen gemessen am Wert der Erzeugnisse die Hauptnutzung darstellen, wie es beim größten Teil der sogenannten Baumwiesen der Fall ist. Insbesondere der Gartenobstbau und der verbreitete Streuobstbau in der Feldflur sind noch immer für die Eigenversorgung vieler Privathaushalte von großer Bedeutung. Nach den Ergebnissen der Obstbaumzählung 1965 entfielen vom gesamten Obstbaumbestand des Landes nur etwa 16% auf Intensivobstanlagen ab 10 a Nutzfläche, dagegen allein 58% auf den Streuobstbau und kleinere Obstanlagen unter 10 a sowie 26% auf den Anbau in Haus- und

¹ Einschließlich des Vorgewendes und der Arbeitsgassen innerhalb der Anlagen.

Tabelle 1
Betriebe mit Marktobstbau nach der Größe der bewirtschafteten Baumobstfläche 1972/73

Baumobstfläche ¹⁾ je Betrieb von ... bis unter ... ha	Betriebe		Baumobstfläche ¹⁾ insgesamt	
	Anzahl	%	ha	%
unter 0,2	6 299	29,5	838	5,4
0,2–0,5	7 473	35,0	2 334	15,0
0,5–1,0	3 809	17,8	2 643	16,9
1,0–2,0	2 131	10,0	2 933	18,8
2,0–3,0	737	3,5	1 803	11,6
3,0–5,0	532	2,5	2 029	13,0
5 und mehr	363	1,7	3 019	19,3
Insgesamt	21 344	100	15 599	100

¹⁾ Nettostandraumfläche.